

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

123 (16.10.1947)

Clayton zurückgetreten

Washington, 15. Oktober (Dena-INS). Der Staatssekretär für Wirtschaftsafragen im amerikanischen Außenministerium William L. Clayton ist, wie hier am 14. d. M. aus gut unterrichteten Kreisen bekannt wird, zurückgetreten. Truman soll den Rücktritt angenommen haben.

Clayton, der als wichtige Persönlichkeit im Rahmen des Marshall-Planes angesehen wird, ist vor kurzem aus Europa zurückgekehrt, wo er an der internationalen Handelskonferenz in Genf teilnahm und als Beobachter den Pariser Wirtschaftsbesprechungen beistand. Der Rücktritt Clayton's ist in amerikanischen Regierungskreisen erstauert hervorgerufen. Die wirkliche Ursache des Rücktritts soll nach nichtöffentlichen Berichten sein, daß es ihm nicht zuzunehmen ist, Außenminister George Marshall von der Notwendigkeit zu überzeugen, seine (Clayton) internationale Handelspolitik in der gegenwärtigen akuten Wirtschaftskrise Europas durchzusetzen.

Neue Demontageliste am 16. Okt.

Berlin, 15. Okt. (Dena) Die Veröffentlichung der neuen Demontageliste für die wirtschaftlich vereinigten Westzonen wird, wie die amerikanische Militärregierung für Deutschland mitteilt, während einer Pressekonferenz der beiden Militärregierungen am 16. d. Mts. erfolgen.

Sowjetunion bejaht Teilung Palästinas

Jewish Agency erfreut, Araber wollen gegen USA kämpfen — Sowjetische Ablehnung gegenüber US-Vorschlag zur Bildung von Interimsausschüssen

New York, 15. Okt. (Dena) Der sowjetische Delegierte Wytschinski erklärte am 13. d. Mts. vor dem politischen Ausschuss der UN, die USA und Großbritannien diktierten ihre Grundsatz-Politik andern Ländern. Er brachte eine Resolution ein, in der die griechische Regierung für die Grenzruhen im Balkan verantwortlich gemacht sowie der Abzug der britischen Truppen und des amerikanischen Militärpersonals verlangt wird. Die gesamte sowjetische Resolution wurde abgelehnt.

Der wirtschaftliche Hauptberater der sowjetischen Delegation bei den Vereinten Nationen, M. R. Arutunian, beschuldigte in der Vollversammlung des UN-Wirtschafts- und Sozialausschusses die Vereinigten Staaten, die internationale Weltbank und den internationalen Währungsfonds für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Die USA verfügten ungefähr über ein Drittel der Stimmen in diesen Organisationen, und es bestehe die Gefahr, daß die Bank und der Fonds zu Konzernen würden, die Zweigstellen der Wall Street seien.

Die Sowjetunion trat in der Sitzung des Palästina-Ausschusses der UN-Vollversammlung für eine Teilung Palästinas ein. Der sowjetische Delegierte, S. K. Tsarapkin, erklärte, man dürfe das Palästina-Problem nicht aus historischen Gesichtspunkten, sondern müsse es von einer breiten politischen Basis aus behandeln. Zum Minderheitsvorschlag des Palästina-Untersuchungsausschusses sagte Tsarapkin, daß er wegen der ständig zunehmenden Spannung zwischen Arabern und Juden nicht verwirklicht werden könne.

Der ägyptische Delegierte Fawzi Bey sprach den Vereinten Nationen energisch jegliches Recht ab, die Teilung Palästinas oder irgend eines anderen Landes zu bestimmen. Sie könnten nicht über etwas verfügen, das ihnen nicht gehöre. Man müsse Vorsicht in der Behandlung des Palästina-Problems walten lassen, um Elend und Blutvergießen zu vermeiden.

Der Wirtschaftsausschuss der UN-Vollversammlung wies am Dienstag den polnischen Vorschlag zurück, wonach die Mitglieder der Vereinten Nationen auf einer breiten politischen Basis einen internationalen Ausschuss zur Klärung des Palästina-Untersuchungsausschusses einsetzen sollten. Der Ausschuss sollte die wirtschaftlichen Organisationen außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen zu errichten.

Der britische Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, erklärte am Dienstag vor dem Wirtschaftsausschuss der Vereinten Nationen, Großbritannien würde sich nicht an dem Vorschlag beteiligen, den nach einer Justizkommission der sichere Tod gewiß sei und deren einziges Verbrechen darin bestehe, daß sie sich der politischen Opposition angeschlossen hätten.

Für einen Interims-Arbeitsausschuss

Der amerikanische Delegierte John Foster Dulles erklärte am 14. d. Mts. vor dem politischen Ausschuss der UN-Vollversammlung, die Vereinigten Staaten erwarteten von der gegenwärtigen Vollversammlung, daß sie einen Interims-Arbeitsausschuss für die Vereinten Nationen wiederherstelle. Bei der Vorlage einer amerikanischen Resolution für die Bildung eines Interims-Arbeitsausschusses, der zwischen den Sitzungen der

Größere Anstrengungen sind notwendig

Amerik. Wirtschaftler unzufrieden — Konferenz mit den Ernährungsministern

Frankfurt, 15. Okt. (Dena) An Stelle von nichtabgelieferten Kartoffeln werde in keinem Falle eingeführtes Getreide in Deutschland ausgegeben werden, erklärte am 13. d. Mts. der amerikanische Leiter der Zweizehnteilung, Clarence L. A. Dock, während einer Konferenz der Ernährungsminister der britischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Die Deutschen seien dafür verantwortlich, daß die Auslieferung von Ländern mit dem Überschuss an Getreide durch den Kartoffelbedarf vorgenommen würden. Auch die Fleisch- und Milchablieferung habe noch keinesfalls die Grenzen des Möglichen erreicht und müsse gesteigert werden.

Während der letzten drei Jahre haben sich die Deutschen in der demütigenden

Im Telegrammstil

London, Großbritannien könne zur Zeit an Maßnahmen gegen die freie Transparenz der europäischen Währungen teilnehmen, erklärten am 13. d. Mts. zuständige Kreise. (Dena-Reuter)

London, Die Monarchisten mit 32,9 Prozent wieserte sich am Freitag Sozialreform mit Erfolg der Forderung der 19 interessierten kleineren Staaten auf Teilnahme an der Unter- und Oberkommission, die die ehemaligen italienischen Kolonien. (AP)

Wien, Das Ersuchen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Leopold Figl um Genehmigung einer österreichischen Vertretung beim alliierten Kontrollrat in Berlin wurde in der Freitagssitzung des alliierten Rates für Österreich vorläufig abgelehnt. (Dena)

Wien, Der österreichische Bundeskanzler Dr. Leopold Figl setzte am 13. d. Mts. seine Ministerkollegen davon in Kenntnis, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden in einer Mitteilung von vier Beamten der österreichischen Polizei und der Abteilung für öffentliche Sicherheit angeordnet hätten und daß die Beamten durch vier von der Besatzungsmacht ausgewählte Kommunisten ersetzt würden. (Dena)

Rom, Der Volksblock, die am stärksten linksgerichtete italienische Parteienkoalition ging nach dem endgültigen Endergebnis der Gemeindevahlen in Rom mit 208 500 Stimmen als Sieger aus den Wahlen hervor. Es folgten die christlichen Demokraten mit 204 297, die Uomo Qualunquie mit 63 472, die Republikaner mit 32 701, die Monarchisten mit 32 962, die soziale Bewegung mit 24 620 und die Liberalen mit 11 989 Stimmen. (Dena)

Athen, Die Bildung einer griechischen Außenhandels-Verwaltung zur Kontrolle der gesamten Importe und Exporte des Landes mit einem amerikanischen Direktor an der Spitze, wurde am Montag von griechischen Premierminister bekanntgegeben. (Dena-Reuter)

Athen, Der griechische Ministerpräsident Themistokles Sophoulis rief am 13. d. Mts. das griechische Volk in einer Rundfunkansprache auf, sich in einer „nationalen Gemeinschaft“ gegen die drohende Tyrannei von Seiten einer landfremden Elementen dienenden Minorität zusammenzuschließen, die die Versklavung der griechischen Nation hindere. (Dena-Reuter)

München, Ein zweiter handgeschriebener Brief des ehemaligen bayerischen Innenministers Axel Lohr traf am 13. d. Mts. bei der Dena ein. Lohr behauptete darin, daß die erst jetzt erfolgte Aufhebung seiner Immunität zur Strafverfolgung wegen Mordverbrechens „ein beachtliches Licht auf den skandalösen Verfassungsbruch“ wer-

2. Jahrgang / Nummer 123
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lammstr. 1b-5, Tel. 4061/33



Armstrong widerspricht Clay

Frankfurt a. M., 15. Okt. (Eig. Ber. sch.) Während einer Pressekonferenz vor amerikanischen und deutschen Journalisten wandte sich das Mitglied des beratenden Senatsausschusses für Angelegenheit der zivilen Verwaltung, Mr. J. C. Armstrong, gegen die bisherige Politik der Vereinigten Staaten in Deutschland. In einem Brief an General Clay habe er verlangt, daß die amerikanische Militärregierung schnellstens durch eine amerikanische Zivilkommission ersetzt werde, die die deutsche Industrie zu überwachen sowie die Produktion und den Gebrauch von Rüstungsmaterial zu verhindern habe. Armstrong ist der Ansicht, daß die Militärregierung die Entwicklung einer friedlichen Produktion im besetzten Deutschland nicht fördern habe und daß dies falsch sei, ein besetztes Volk durch eine Militärbehörde zu regieren. Die Denazifizierung widerspreche dem amerikanischen Rechtsgefühl und die Demontage widerspreche den Grundsätzen des internationalen sowie des amerikanischen Rechts. Dem deutschen Arbeiter könne nicht zugemutet werden, sich an der Zerstörung von Einrichtungen zu beteiligen, von deren Bestand sein Lebensunterhalt abhängt.

Anglo-amerik. Besprechungen über den Marshall-Plan

London, 15. Okt. (Dena-Reuter) Der Haushaltsausschuss des amerikanischen Senats wird mit maßgebenden Mitgliedern der britischen Regierung zwischen dem 4. und 7. November zu Besprechungen zusammentreten. Es wird angenommen, daß dadurch die über G. Marshall im angestellten Untersuchungen einen weiteren Schritt vorwärts gebracht werden sollen.

Konferenz im Weißen Haus überraschend

Präsident Truman referiert mit wichtigen Staatsmännern über die europäische Lage

Washington, 15. Okt. (Dena-Reuter) Präsident Truman hat am 13. d. Mts. überraschend eine Konferenz im Weißen Haus, um einen vollen Überblick über die Lage in Europa zu gewinnen.

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, der US-Botschafter in Großbritannien, Lewis Douglas, der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay und sein politischer Berater, Botschafter Robert Murphy, erstatteten auf dieser Sitzung dem Präsidenten Bericht über die europäische Lage.

Charles G. Marshall, Pressesekretär des Präsidenten, erklärte nach der Konferenz, Truman habe einen „Lagebericht aus erster Hand“ über die Verhältnisse in Europa erhalten. Einzelheiten würden jedoch nicht bekanntgegeben. Die Montagungsrede der amerikanischen Staatsmänner stellt, wie ein Reuter-Korrespondent hierzu schreibt, die umfassende Erörterung der europäischen Probleme dar, die je von Truman durchgeführt wurde.

Reuters Korrespondent erzählt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß folgende Fragen erörtert wurden: 1. Die Tatsache, daß

Ein amerikanischer Vier-Punkte-Plan gegen neue Komintern bekanntgegeben

Entschlossenheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet
Handelsminister Harriman: „Unsere Waffe muß die Wahrheit sein“

Chicago, 15. Okt. (Dena-Reuter). Der amerikanische Handelsminister Averell W. Harriman gab am 14. d. Mts. einen Vier-Punkte-Plan „positiver“ amerikanischer Maßnahmen gegen die Tätigkeit der neuen internationalen kommunistischen Organisation bekannt, die, wie er sagte, den Zweck habe, Unordnung in der Welt zu stiften.

Die neue „Komintern“ sei aus der Furcht der Kommunisten geboren, daß ihr Aggressions-Programm für die Beherrschung Europas durch die Pläne eines europäischen internationalen kommunistischen Organisation wiederaufgebaut auf der Basis der Vorschläge Außenministers Marshalls, vereitelt werden könne.

Der US-Plan enthält folgende Punkte:

1. Wirtschaftsausschuss: „Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um die wirtschaftliche Wiederherstellung als eine Voraussetzung für freie Regierungen zu fördern. Es ist noch ein langer Weg zu gehen, bis die Verwüstungen des Krieges beseitigt sind. Noch bevor der Marshallplan zur Durchführung kommt, kann besteht die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Unterstützung. Amerika ist das einzige Land, das den Wiederaufbau in der Welt leitend in die Hand nehmen kann. Mit dem Fortschreiten des Wiederaufbaus wird sich eine größere politische und wirtschaftliche Stabilität ergeben, wodurch die Kräfte, die zum Hunger und Chaos treiben, lahmgelegt werden.“

Schumacher sprach in USA

San Francisco, 15. Oktober (AP). Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erklärte am Dienstag in einer Ansprache auf der Jahrestagung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes „AFL“ (American Federation of Labour), die Demontage der deutschen Industriewerke sei die größte Gefahr für die Reorganisation Deutschlands und ganz Europas auf einer gesunden Grundlage.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Schumacher, daß die Eroberung Deutschlands durch den Kommunismus „die größte Bedrohung des Weltfriedens sein würde. Den Ansturm der kommunistischen Maschine mit ihren überhöhten finanziellen Hilfspersonen, die in Massen von Agenten und Funktionären mühen, weil stärkere Kräfte entgegengestellt werden“.

Eine Rechnung für Minister Stoob

Göppingen, 15. Oktober (Dena). Unter dem Titel „Stimmt die Kartoffelrechnung und was sagt Herr Stoob dazu“ richtet der Herausgeber in Göppingen die Frage, was der „Neuen Württembergischen Landwirtschafstamer Heinrich Stoob.“

Harzendorf geht in seinem Artikel von einer Deutung aus, nach der der Vorsitzende des Exekutivrates, Dr. Carl Spiekeler, am Freitag in einer Pressekonferenz erklärt hat, die Kartoffelernte der Bizone belaufe sich nach den jetzigen Feststellungen auf etwa 1,9 bis 1,8 Mill. t.

Diese Angaben seien ein Rechenexempel wert und führt fort: „Nehmen wir die ursprünglich geschätzte Menge, nämlich 8,7 Mill. t, gleich 174 Mill. Zentner. Werden nun sofort zwei Zentner Einkellerungskartoffeln ausgegeben, so hat man erst 20 Mill. Zentner verteilt, wenn man der Rechnung die Einwohnerzahl der Bizone mit rund 40 Mill. zugrunde legt. Die verbleibenden 40 Mill. Zentner müßten genügen, um den Mehrbedarf der 20 Prozent ausmachenden Bevölkerung zum Eigenverbrauch, die bisher ausgegebenen Kartoffelentwürfen und die Lieferverpflichtungen nach Berlin sowie den Bedarf an Saatgut zu decken.“

Bei dem nunmehr festgestellten Ertrag von 1,9 bis 1,8 Mill. t Kartoffeln bleibt noch in Reserve von 62 bis 64 Mill. Zentnern, die zusätzlich für die Verbraucher zur Verfügung stünden.

Harzendorf schließt seinen Artikel: „Wir richten an Herrn Stoob als den verantwortlichen Fachminister unserer württembergischen Regierung die Frage, was er der Bevölkerung für die vorgetragene Rechnung zu sagen hat und wie sich der Wirtschaftsdarstellung dazu stellt.“

ten Hoff bleibt Deutscher Meister

Hamburg, 15. Oktober (SSK-Sonderbericht). „Herr ten Hoff ist ein großartiger deutscher Meister.“ Diese Worte Max Schmeling's mittelbar nach dem Endkampf der 42. deutschen Schwergewichtskampfschaft ausgesprochen, charakterisierten am besten den Kampf zwischen dem 27-jährigen Oldenburger Riesen Hein ten Hoff und dem um neun Pfund leichteren und 12 Jahre älteren Walter Neusel. Der Verteidiger des Meistertitels zeigte sich in der Freitagsveranstaltung vor 50 000 Zuschauern in Hamburg als ein meisterlicher Taktiker. Er mußte zwar die ersten fünf Runden an Neusel abgeben und in der dritten Runde einmal bis acht zu Boden. Aber er verstand es, sich von diesem schweren rechten Haken wieder zu erholen. Als Neusel etwas schwächer im Angriff und nachlässig in seiner Deckung geworden war, nutzte ten Hoff diese Schwächen sofort aus, und in einem Hagel von zwei dutzend schwerer Links- und Rechtschlägen beendete er unter dem Lichtenbogen von vierzehn Tieffahrern die abendliche Ringkämpf am Hamburger Rothenbaum. Neusel wurde in der sechsten Runde von Gong gerettet, mußte aber in der siebenten Runde zuerst bis neun zu Boden und erhob sich dann das zweite Mal — zum erstenmal in seiner langen Boxkarriere — nicht mehr. Mit ten Hoff verfügt der deutsche Boxsport über einen Schwergewichtler internationalen Formats hat und von dem sein Gegner Neusel sagte: „Er hat sich seit dem Vorjahr stark verbessert, und ich wünsche ihm alles Gute für seine Laufbahn.“

Wahl der Bürgermeister alle sechs Jahre

Ein Entschluß des Landtages — Die Kohlenversorgung der Schulen

Stuttgart, 15. Oktober (Hue-Eigenbericht). Auf der 46. Sitzung des Württembergischen Landtags am 15. d. Mts. wurde bekanntgegeben, daß der Abg. Dr. Siegfried Kühn (CDU) sein Mandat zurückzugeben hat. An seine Stelle tritt Bernhard Müller in Stuttgart. Innenminister Ulrich erklärte, daß der Entwurf zu dem Gesetz zur Erlassung von Häusern für Flüchtlinge und Fliegergeschädigte am 3. 12. 1946 im Landerrat beraten und den Länderregierungen zugangs sein. In einer Kabinettsitzung am 3. 12. 1946 habe die Württembergische Staatsregierung den Entwurf an das Innenministerium gegeben mit der Weisung, nach den Richtlinien dieses Entwurfs zu verfahren. Die Richtlinien seien vom Innenministerium etwas abgeändert und dem Staatsministerium zurückgegeben worden. Weiterhin hätte ersucht werden müssen, ob dieses Gesetz in Einklang mit der Verfassung und mit den Richtlinien des Betreuungsausschusses zu bringen sei. Die Wohnungsmängel seien vom Innenministerium angewiesen worden, entsprechende Erhebungen anzustellen.

Eine kleine Anfrage des Abg. Angstmann (SPD) über die Kohlenversorgung der Schulen wurde von Wirtschaftsminister Veit mit dem Hinweis beantwortet, daß seit März 1947 die Kohlenbewirtschaftung in der Kompetenz der bizonalen Behörden übergegangen sei. Er hoffe, daß ab nächsten Monat 5000 t Braunkohle zur Aufrechterhaltung eines Notbetriebes in den Schulen bereitgestellt werden können. Gleichzeitig soll an die Militärregierung herangetreten werden, um von dort eine Hilfe zu erhalten. Im Namen der Württembergisch-Badischen Staatsregierung erklärte Innenminister Ulrich dem Vorschlag der Regierung, die Amtszeit der Bürgermeister auf sechs statt neun Jahre festzusetzen, zuzustimmen.

Abg. Ueding (KPD) bemängelte, daß gewählt werde bevor eine Gemeinderinderwahl vorhanden sei. Er forderte, daß Militär-

Maßnahmen zur Kartoffelerfassung in Württemberg-Baden

Stuttgart, 15. Okt. (Dena) Alle direkt beim Erzeuger vorbestellten Kartoffeln müssen bis 23. Oktober abgeholt werden, teilte das württembergisch-badische Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hier am 13. d. Mts. mit. Durch diese Maßnahme soll die vollständige Erfassung sämtlicher Kartoffelbestände beschleunigt werden.

Wie das Ministerium weiter bekanntgab, führt die Eisenbahn ab sofort nur noch solche Transporte durch, die eine Transportgenehmigung des Landwirtschaftsministeriums oder der Transportabteilung I der Kartoffelkarte vorgelegt werden kann. Nach dem 22. Oktober werden von der Eisenbahn auch auf Transportseine keine Kartoffeln mehr befördert.

Brückenkopf Griechenland

Nicht konnte die Mission der Griechen in der Geschichte der Völker treffender darstellen, als das Standbild Pallas-Athenes auf der Akropolis... Dem Haupte des Göttervaters entsprang, Sinnbild des schwebenden Gedankens, wie auch das griechische Volk selbst, das als Lichtträger der westlichen Zivilisation das lebendige Denken brachte. Dem allzu jähren Aufstieg Hellas folgte jedoch ein ebenso rascher Niedergang. Viele waren die Ursachen äußere und innere... Hemmungslos Selbstbewußtsein führte zu nie endenwollenden Zwistigkeiten und wurde hierdurch zur tragischen Ursache des Untergangs.

Wie der andere Lichtträger Luzifer: „Non serviam!“ zu seinem Sturz führte, so wurde vor allem die politische Zügellosigkeit zum Verhängnis der Hellenen, ein Schicksal jahrhundertlanges Sklavendaseins (s. Folie).

Durch die Römer ihrer Selbständigkeit beraubt, dem oströmischen Reiche eingegliedert, ging Hellas nach und nach in Bedeutungslosigkeit unter, um schließlich, nach dem Falle Konstantinopels zu einer Provinz der römischen Herrschaft herabzusinken. Erst nach 400 Jahren gelang es den Griechen, als die Türken ihre Position auf dem Balkan nicht mehr halten konnten, — sich selbständig zu machen.

Ein armes Volk, zusammengedrängt auf armen, bergigen Boden, von feindschaftlicher Vaterlandsliebe, sind die Neugriechen, gleich Ihren Vorfahren ewig in innere Zwistigkeiten verwickelt, sich dauernd in politischen Machtkämpfen aufreibend, ein ewig umstrittener Brückenkopf zwischen Orient und Okzident geblieben.

Leidenschaftliche Glückspieler und Freunde der politischen Diskussion, Spekulation und Intrige, die unvermeidliche Gebetskette, letzte Erinnerung an die lange Türkenherrschaft — als Spielzeug in der Hand der Griechen, vom Großreiter und Tabakmagnaten, bis zum kleinsten Fischer, Straßenhändler oder einsamen Schäfer in den Bergen, Europäer und Orientalen zugleich.

Der jugendliche Balkan und seine Kriege brachte Griechenland Gebietszuwachs in Mazedonien, Epirus und Kleinasien. Im darauffolgenden ungelassen Krieg gegen die Türkei verlor es jedoch sämtliche Provinzen in Kleinasien und Ost-Thracien. Zu Tausenden flohen die kleinasienischen Griechen nach dem europäischen Mutterland, wo für sie weder Nahrung, noch Unterkunft in ausreichendem Maße vorhanden war.

In dem armen, größtenteils gebirgigen Land stocherte vorwiegend die Klasse der Erwerblosigkeiten in keinem günstigen Verhältnis zu der Bevölkerungsdichte, auch in dem heute vielumstrittenen reichen Tabak- und Weingebiet Mazedonien, Thakia, das Meer, das Element ihrer Vorarbeiten, gab wohl vielen Griechen Existenz und Lebensunterhalt, dennoch blieb ein großer Teil der Bevölkerung ohne gesicherte Existenz.

Da es außerdem in Griechenland keine Mittelschicht, sondern nur Arme oder Reiche und die Griechen aller Gesellschaftsklassen stets leidenschaftliche Vertreter irgend einer politischen Partei sind, so kann es nicht Wunder nehmen, daß es bei dem ohnedies leicht entflammaren Volkscharakter immer wieder zu Unruhen kommt. Vorher gleich, verzehren sich auch heute noch die Griechen, zu Füßen der alten Götterberge auf viel zu engem Lebensraum zusammengedrängt, vielfach Exponenten fremder Interessen, im nutzlosen Bruderkrieg der Parteien. (M. z. H.)

Abstimmung in Österreich!

(Von unserem österreich. Korrespondenten)

Wien, im Oktober... Gleichlaufend mit der Herbstsession des österreichischen Nationalrats in Wien, auf der die österreichische Regierung energische Maßnahmen gegen den Kommunismus ankündigte, wurde durch das Salzburger „Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik“ zusammen mit dem Innsbrucker Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung eine großangelegte Abstimmung in Österreich veranstaltet, deren Ergebnis als grundlegend für den kommenden Kurs der österreichischen Staatsführung angesehen wird.

Danach beantworteten die Frage „Wünschen Sie Regierungs-Neuwahlen?“ 41 Prozent aller Befragten mit nein, und nur 26 Prozent mit ja. Von den befragten Geschäftsleuten sind 84 Prozent dafür, von den freien Berufen 80 Prozent dagegen, von den Dorfbewohnern 38 Prozent dagegen, die Stadt-Innsbruck aber mit 60 Prozent. Nur 24 Prozent würden heute anders wählen als am 25. November 1945; von den Arbeitern würden 41 Prozent, von den Angestellten und freien Berufen 74 Prozent wieder dasselbe wählen, die Geschäftsleute jedoch nur zu 40 Prozent und Innsbrucker nur mit 38 Prozent.

Frage 2: „Welche der bestehenden österreichischen Parteien würden Sie dabei wählen?“ erbrachte bei hoher Stimmhaltung ebenfalls keine Änderung des Ergebnisses aus 1945 für die ÖVP stimmten 45,8 Prozent (1945: 46,2 Prozent), für die SPÖ 45 Prozent (45,7 Prozent), KPO 6,3 Prozent (5,6 Prozent) — indessen eine bedeutsame Wählerumschichtung: die ÖVP behielt nur 2,3 Prozent ihrer früheren Stimmen, verlor 20,1 Prozent aller Stimmhaltung, 8,1 Prozent für die SPÖ und 0,6 Prozent an die KPO, was die 1945 vom Wahrentzug ausgeschlossenen ehemaligen Nationalsozialisten wettenachten, die bei 5,9 Prozent Stimmhaltung, mit 29,9 Prozent für die ÖVP, 8,2 Prozent für die SPÖ, 1,4 Prozent für die KPO stimmten. Dagegen verlor die SPÖ nur 1,3 Prozent, die KPO nur 1,2 Prozent früherer Wähler durch Stimmhaltung bei ganz unbedeutenden Übertritten in andere Parteien.

Auf Umfrage 3: „Fordern Sie eine neue Partei?“ erklärten sich bei 5,1 Prozent Stimmhaltung 4,8 Prozent mit zu, 54,7 Prozent der Arbeiter, 53,4 Prozent der Bauern, 37,3 Prozent der Rentner, 53,3 Prozent Beamte und Angestellte, 24,8 Prozent Kaufleute und Gewerbetreibende, 2,1 Prozent der freien Berufe 53,3 Prozent aller Österreicher aber lehnten sie ab! Die Gründung einer neuen vierten Partei in Österreich forderten bei 4,4 Prozent Enthaltungen 49 Prozent aller Befragten: 47,8 Prozent ehemalige ÖVP-Wähler, 22 Prozent einstige SPÖ-Wähler und 18 Prozent ehem. KPO-Angehöriger (46,6 Proz.) lehnten sie ab. Von den 1945 nicht wahlberechtigten Nationalsozialisten, die sich auf Frage 2 zu 56,9 Proz. der Stimme enthalten, forderten 71,5 Prozent eine neue Partei. Damit würden sich laut Gesamtergebnis im Fall österreichischer Neuwahlen die entscheidende Wählermasse bilden, d. h. zwar größtenteils ÖVP wählen, zur größeren Hälfte jedoch gegen die jetzigen Parteien mit Stimmhaltung opponieren, um 20 Prozent das Gründungsreservoir eines neuen vierten Partei in Österreich darstellen.

Auf weitere Fragen der Abstimmung erklärten sich für Einführung der Regierungsförderung der Schweiz in Österreich 66 Prozent, der Amerika oder Englands je 15 Prozent, die der Sowjetunion 2 Prozent.

25 Prozent aller Befragten lehnten die österreichische Presse als „tendenziös“ ab, vor allem junge Leute (54 Prozent), Arbeiter (50 Prozent) und Kaufleute (52 Prozent), und nur nicht 40 Prozent aller Befragten stimmten für die Ausspeicherung der Reichsdeutschen“ aus Österreich, wobei auffällig, daß Arbeiter und Kaufleute, also die Vertreter der praktischen Wirtschaft, für die Reichsdeutschen Partei ergreifen. St.

